

Fragen an die Kandidatinnen und Kandidaten der politischen Parteien bei der Kommunalwahl am 26.5.2019 in Koblenz

1. Altersdiskriminierung

Der Rat der Stadt Koblenz hat sich am 27.9.2018 in einer EntschlieÙung einstimmig gegen jede Form von Altersdiskriminierung gewandt; Der Kreistag Mayen-Koblenz hat am 19.11.2018 eine gleichlautende EntschlieÙung ebenso einstimmig angenommen. Werden Sie im Einklang mit Grundgesetz und Landesverfassung Schritte gegen willkürliche Altersgrenzen in Gesetzen, Satzungen und Kirchenordnungen unterstützen? Werden Sie sich dafür einsetzen, älteren Menschen grundsätzlich dieselben Vergünstigungen wie anderen nicht erwerbstätigen Bevölkerungsgruppen zu gewähren (soziale Meistbegünstigung)?

Antwort

Wir kämpfen in Koblenz und in allen andere Kommunen, wie Ländern gegen jede Art von Diskriminierung an. Alt wie Jung müssen die Menschen die selben rechte besitzen. DIE LINKE.wird sich auch in Zukunft für die rechte aller Menschen einsetzen.Unter Anderem setzen wir uns für die Abschaffung des § 33 Absatz 2 GVG ein, der starre Altersgrenzen zieht und nicht auf die individuelle Eignung möglicher Schöffen eingeht.

2. Pflege

Die Beschäftigung mit den Folgen der demografischen Entwicklung - Anwachsen des älteren Teils der Bevölkerung – wird in Koblenz seit 1975 als kommunale Aufgabe gesehen. Dabei stehen Betreuungs- und Pflegedienste im Vordergrund. Werden Sie sich für den bedarfsgerechten Ausbau und die Unterstützung von – auch kultursensiblen - Pflegediensten und -einrichtungen – z.B. als Fortsetzung staatlicher Modellprojekte wie der Gemeindeschwester plus - einsetzen und insbesondere die Weiterentwicklung häuslicher Pflege auch durch Angehörige, die älteren Menschen ein selbstbestimmtes Leben im bisherigen Lebensumfeld gestattet, fördern?

Antwort

3. Mobilität

Zum selbstbestimmten Leben im Alter gehört auch der Erhalt der Mobilität, u.a. durch Förderung alternativer Bedienungsformen, erweiterte Linienführung und günstigere Preisgestaltung im ÖPNV. Werden Sie sich für mehr finanzielle Förderung des ÖPNV aus kommunalen Mitteln einsetzen? Werden Sie die finanzielle Gleichstellung von Senioren mit anderen Bevölkerungsgruppen (kostenfreie oder kostengünstige Beförderung) unterstützen? Werden Sie Maßnahmen zur fußgängerfreundlichen und barrierefreien Verkehrsgestaltung (Diagonalgrün, Trennung von Fuß- und Radwegen) finanziell fördern?

Wie soll bei der Modernisierung des ÖPNV die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger verbessert werden?

Antwort

DIE LINKE. Koblenz setzt sich seit geraumer Zeit für einen deutlichen Ausbau des Öffentlichen Nahverkehr ein.

„Neben der Aufrüstung muss auch der Ausbau der Flotte erfolgen. Wir begrüßen die Erweiterung des Fuhrparks und wollen darüber hinaus auch die Taktung von heute i. d. R. 30 Minuten auf zukünftig 15 Minuten verkürzen. Zusätzlich sollen so auch - wie im Nahverkehrsplan vorgesehen -

neue Linien geschaffen werden, um die Stadtteile, insbesondere die äußeren Stadtteile, besser zu verbinden. Des Weiteren kann der Ausbau auch den Fahrkomfort deutlich erhöhen, denn täglich fahren in Koblenz tausende Menschen mit dem Bus, oft bewegen sie sich auf kleinstem Raum. Das ist nicht nur eine große Belastung für die Fahrgäste, sondern auch eine Gefahr für die eigene Unversehrtheit und macht den Nahverkehr zudem auch für neue potentielle Fahrgäste unattraktiv.“(DIE LINKE. Koblenz, Wahlprogramm 2019)

Doch nebst dem Ausbau wollen wir langfristig zu einem kosten- und fahrscheinlosen ÖPNV gelangen.

„Wir fordern auf lange Sicht die Abschaffung der Fahrtkosten. In anderen Kommunen und Ländern sehen wir solche Vorstöße bereits.“ (DIE LINKE. Koblenz, Wahlprogramm 2019)

Unser Ziel ist es auch den Fahrgastbeirat der Stadt Koblenz zu stärken, denn dieser kann den Bürger*innen eine stärkere Stimme geben und bietet ihnen die Möglichkeit sich an der Verkehrspolitik zu beteiligen.

Doch auch die direkte Einflussnahme auf die Geschäftsordnung im Stadtrat wollen wir zu Gunsten der Koblenzer Bürger*innen erweitern.

*„Grundsätzlich verfolgen wir als Koblenzer LINKE in der Stadt eine Politik, die dazu geeignet ist, dass sich Bürger*innen mit einem Einwohnerantrag auf Grundlage von §17 GemO (Einwohnerantrag) direkt an den Stadtrat wenden können.“ (DIE LINKE. Koblenz, Wahlprogramm 2019)*

Ob Diagonalgrün Verbesserungen herbeiführen können muss im Einzelfall geprüft werden. Grundsätzlich stehen wir dem offen gegenüber.

Bei der Trennung von Fuß- und Radwegen sind wir klar der Meinung, dass dort, wo die Wege getrennt geführt werden können, sie auch getrennt geführt werden sollten. Die Stadt hat hier in den letzten Jahren geschlafen und hätte mit der Pfaffendorfer Brücke beinahe das nächste Problem geschaffen, bei dem die Wege zusammen geführt worden wären.

4. Miteinander der Generationen

Begegnung der Generationen und Beteiligung auch der älteren Generation an allen gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen sind seit 2012 erklärtes Ziel der EU und haben in RLP zum Leitbild des „Zusammenlandes“ geführt. Werden Sie dementsprechend Formen gemeinschaftlichen und generationenübergreifenden Wohnens (neben Mehrgenerationenhäusern auch die Ausweisung entsprechender Stadtquartiere nach dem Muster des Speyerer Modells), Maßnahmen, die Begegnungen erleichtern (wie das Sitzgruppenprojekt des Seniorenbeirates Koblenz, aber auch Begegnungsstätten, gemeinsames Essen u. ä.) unterstützen? Werden Sie die Einrichtung eines ortsfesten, besucherfreundlichen und barrierefreien Marktes im Innenstadtbereich, aber auch von Märkten in den Stadtteilen als Zentren der Nahversorgung sowie der Begegnung und Kommunikation fördern?

Antwort

Wir begrüßen ausdrücklich den Vorstoß des Seniorenbeirates Koblenz mit ihrem Sitzgruppenprojekt. Wir sehen darin eine Möglichkeit günstig, zwanglos, aber dennoch effektiv Menschen verschiedener Generationen zusammen zu bringen. Es ist uns besonders wichtig auch den regionalen Konsum zu befördern, ein florierender Markt, wie der in Ehrenbreitstein kann hier ein guter Ansatzpunkt sein. Wir wollen endlich

auch einen erfolgreichen Markt in der Innenstadt schaffen, doch dazu darf der Standort nicht ständig gewechselt werden. Mit festem Standort und stark reduzierten Standgebühren wollen wir in einer Testphase einen erfolgreichen Wochenmarkt auf z. B. dem Münzplatz etablieren. Weiter noch wollen wir geräumige Sitzflächen schaffen und eine Kleinkunsthöhne auf einem solchen Innenstadtmarkt, denn ein Markt ist mehr als nur die Möglichkeit zur Nahversorgung, sondern auch ein Ort der sozialen Interaktion, der Begegnung, der Kunst und Kultur.

Wir begrüßen und unterstützen auch jeden Versuch weitere Stadtteilmärkte zu schaffen.

5. Bürgerbeteiligung

Nicht ohne uns über uns – dieser Grundsatz der UN-Behindertenrechtskonvention lässt sich heute auf viele Bereiche des kommunalen Miteinanders übertragen: auf Menschen mit und ohne Migrationshintergrund – auf Menschen unterschiedlichen Lebensalters oder auf Menschen mit unterschiedlichen Fähigkeiten, die einen besonderen Bedarf haben, in einer Umwelt ohne unnötige Barrieren zu leben. Damit die Betroffenen dabei sind, wenn es bei Planungen und Entscheidungen der Politik um sie geht, sind in Koblenz bereits zahlreiche Institutionen wie der Seniorenbeirat, der Beirat für Migration und Integration, die Frauenbeauftragte, der Jugendrat oder der Behindertenbeauftragte geschaffen worden.

Wie wollen Sie in der kommenden Amtsperiode die Zusammenarbeit zwischen den Gremien der Politik bzw. den Fraktionen des Stadtrates mit den Selbsthilfeorganisationen der Betroffenen fortentwickeln? Unterstützen Sie die Einberufung eines Inklusionsbeirates? Wie sehen Sie Ihre Mitarbeit in solch einer Institution?

Was halten Sie von Zukunftskonferenzen für die Stadtteile mit mehr Bürgerbeteiligung und einem Miteinander der Generationen?

Antwort

Wir setzen uns für eine bessere Beteiligung aller Menschen an der politischen Willensbildung ein. Um allen Menschen die Möglichkeit zu bieten die Stadtratssitzungen zu verfolgen treten wir für die Übertragung der Stadtratssitzungen ein.

*„DIE LINKE. Koblenz tritt für ein vollständiges Streaming der öffentlichen Teile aller Stadtrats- und Ausschusssitzungen ein. [...] Mit einem Stream kann man der Politik und dem politischen Geschehen im Stadtrat einen ganz neuen Charakter verleihen. Die Bürger*innen können problemlos nachvollziehen, was die von ihnen gewählten Vertreter*innen gesagt haben, wie sie abgestimmt haben und wie sie sich verhalten haben. Eine Umsetzung dieser Forderung wäre ein Meilenstein für die kommunale Demokratie in Koblenz.“ (DIE LINKE. Koblenz, Wahlprogramm 2019)*

Des Weiteren möchten wir eine Fragestunde zu Beginn jeder Stadtratssitzung einführen.

*„Die neue Fraktion der LINKEN wird noch vor der Beschlussfassung der Geschäftsordnung des Koblenzer Stadtrates einen Antrag auf Einführung einer regelmäßig stattfindenden Einwohnerfragestunde an den Koblenzer Stadtrat stellen. Dabei soll auf Grundlage des §16a GemO den Bürger*innen in Koblenz Gelegenheit gegeben werden, sich in allen öffentlichen Stadtratssitzungen am Anfang einer jeden Sitzung direkt an die Verantwortlichen in der Stadtverwaltung und an den Rat wenden zu können.“ (DIE LINKE. Koblenz, Wahlprogramm 2019)*

Wir unterstützen natürlich die Einberufung eines Inklusionsbeirates. Er ist notwendig um die Interessen von Menschen zu vertreten, die sonst keine Beachtung bekommen und deren Bedürfnisse zu wenig Aufmerksamkeit haben.

Zukunftskonferenzen können ein weiterer Baustein bei der Beteiligung der Bevölkerung sein. Ob Zukunftskonferenzen für einzelne Stadtteile oder für ganz Koblenz sinnvoll sind müsste geprüft werden.

6. Wohnen im Alter

Werden Sie Initiativen fördern, die ausreichenden und bezahlbaren, aber auch altersgerechten und barrierefreien Wohnraum schaffen, möglichst über öffentlich- rechtliche Wohnungsunternehmen? Unterstützen Sie die Initiative, dass geförderter Wohnraum grundsätzlich barrierefrei und seniorengerecht gebaut werden soll? Werden Sie sich für die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge einsetzen, die für junge Familien ebenso wie für ältere Menschen die Lebensplanung empfindlich beeinträchtigen können? Werden Sie sich dafür einsetzen, die bereits beschlossenen Stadtteilbegehungen durchzuführen?

Antwort

Die Wohnungsnot sehen wir als eines der dringendsten Probleme in Koblenz.

„Die stadteigene Koblenzer Wohnungsbaugesellschaft mbH ist für die Verwaltung und den Bau von Wohnungen und Sozialwohnungen zuständig. In Koblenz gibt es nach unseren Informationen noch rund 1.800 Sozialwohnungen, eine Zahl, die weiterhin rückläufig ist. Zudem baut die Gesellschaft nur wenige Wohneinheiten trotz eines Jahresüberschusses von 3,25 Millionen € im Jahr 2016. Neue Mietwohnungen wären aber dringend notwendig, denn wie aus einer Anfrage unsererseits an die Stadtverwaltung Koblenz hervorgeht, erfüllt Koblenz alle Kriterien (über die Daten erhoben wurden) für einen angespannten Wohnungsmarkt. Wir wollen, um dem entgegenzuwirken, eine verbindliche Sozialquote in Höhe von 35% als Voraussetzung für die Erteilung einer Baugenehmigung einführen. Dadurch soll der Anteil an bezahlbarem Wohnraum in Koblenz massiv steigen. Des Weiteren fordern wir, dass die Koblenzer Wohnungsbaugesellschaft deutlich mehr bezahlbare Mietwohnprojekte realisiert, um den steigenden Mietpreisen entschieden entgegenzutreten und die angespannte Situation am Koblenzer Wohnungsmarkt zu entlasten.“ (DIE LINKE. Koblenz, Wahlprogramm 2019)

Für uns ist es außerdem selbstverständlich, dass ein entsprechender Anteil an neuen Wohnungen barrierefrei und seniorengerecht gebaut werden. Dies werden wir durch die Koblenzer Wohnungsbaugesellschaft mbh durchsetzen und auch als Auflage für den Verkauf von stadteigenen Flächen aufstellen.

Natürlich setzen wir uns auch für die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge ein. Gerade Menschen mit geringem Einkommen werden von den Beiträgen hart getroffen

(Hier muss noch geschaut werden was die beschlossenen Stadtteilbegehungen sein sollen.)

7. Administrative Unterstützung

Die Umstellung der öffentlichen Verwaltung auf elektronische Verfahren stellt für Behinderte, insbesondere solche mit Sehbeeinträchtigungen, aber auch für Neuzugewanderte und für viele Seniorinnen und Senioren weniger die beabsichtigte Erleichterung und Beschleunigung als vielmehr intransparente Erschwerung von Antragsverfahren, beispielsweise im Steuerwesen, dar. Werden Sie die Einrichtung zentraler Beratungsstellen, z.B. den Ausbau des Bürgeramtes zu einer solchen, unterstützen?

Antwort

Wir betrachten die Entwicklung mit einer gewissen Sorge. Natürlich stellt es für viele eine Vereinfachung dar, dennoch gibt es eine immer größere Personengruppe die durch vermehrte elektronische Verfahren Probleme bekommen.

Die Möglichkeit einer zentralen Beratungsstelle ist Art dem entgegen zu wirken. Zunächst müsste geprüft werden wie groß der Bedarf nach Hilfe an dieser Stelle ist, damit entsprechende Konzepte erarbeitet werden können.

8. Bildung. Kultur. Teilhabe

Nach aktuellen Untersuchungen zeichnet sich ein Bild wachsender Altersarmut für einen Teil der lebenden Menschen, besonders aber für kommende Generationen ab. Die in Europa geforderte Teilhabe an allen gesellschaftlichen Prozessen und die Gewährleistung eines selbstbestimmten Lebens im Alter erscheinen stark gefährdet. Werden Sie sich für Maßnahmen einsetzen, die grundsätzlich auch Seniorinnen und Senioren einen erleichterten (barrierefreien und kostenlosen oder vergünstigten) Zugang zu kommunalen Kultur-, Fortbildungs- und sonstigen Einrichtungen (z.B. zu Theater, Bibliothek, Museen und Sportstätten wie dem neuen Hallenbad mit Sauna) sichern?

Antwort

Das rasante Wachstum der Armut, und auch gerade der Altersarmut, betrachten wir mit großer Sorge. Als DIE LINKE. Koblenz ist es unser Ziel allen Menschen eine gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Wir setzen uns für einen Sozialpass für alle bedürftigen Menschen, unabhängig von Alter, ein. Natürlich muss an den Orten, an denen die Barrierefreiheit noch nicht gewährleistet ist, die Barrierefreiheit hergestellt werden.

„Wir müssen die verheerenden Folgen von Armut bekämpfen und vor Ort mildern. Wir treten für den Sozialpass ein, damit auch Kinder aus einkommensschwächeren Familien ins Schwimmbad gehen, das Theater besuchen oder den öffentlichen Nahverkehr nutzen können. Bibliotheken, Büchereien und alle weiteren kulturellen Angebote dieser Art sollen kostenlos sein oder zumindest stark vergünstigte Tarife anbieten, denn die Teilhabe an der Gesellschaft darf nicht von der finanziellen Situation der Menschen abhängen.“ (DIE LINKE. Koblenz, Wahlprogramm 2019)